Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 80. Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 17. Februar 1904.

Die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze

stehen jetzt im Vordergrunde des Interesses und bilden das Tagesgespräch aller Kreise.

Wer über alle diese Vorfälle schnell und ausführlich unterrichtet sein will, der abonniere umgehend auf die „Saale-Zeitung", welche

durch die Verbindung mit den bedeutendsten Nachrichtenbureaus, durch eine Reihe hervorragender Korrespondenten an den betreffenden Hauptplätzen der Welt

in der Lage ist, allen Anforderungen zu entsprechen. Die „Saale-Zeitung" gelangt zweimal täglich zur Ausgabe. Neue Einrichtungen im technischen Betriebe haben es ermöglichen lassen, daß die Morgen-Ausgabe in Halle bereits vor früh 8 Uhr durch unsere Trägerinnen zur Verteilung gelangt und darum

erfährt man durch die „Saale-Zeitung" stets zuerst

die noch nachts und in den frühesten Morgenstunden eingehenden wichtigen Nachrichten.

Für Monat März
neu hinzutretende Abonnenten

erhalten die „Saale-Zeitung" bereits jetzt bis Ende des Monats kostenlos geliefert.

Bestellungen nehmen entgegen:

In Halle unsere Expedition, sämtliche Filialen bezw. Ausgabestellen und das Trägerpersonal.

Auswärts die Filial-Expeditionen, sämtliche Briefträger und Postanstalten.

Militärische Handelspolitik.

Die zuerst vom Zentrum in unser politisches Leben eingeführte und seitdem leider auch von der Regierung befolgte Gepflogenheit, politische oder wirtschaftliche Fragen zum Gegenstand von Handelsgeschäften zu machen, bei denen beide Teile nach Möglichkeit auf ihre Rechnung zu kommen suchen, scheint auch von dem neuen Kriegsminister als geeignetstes Mittel, Erfolge zu erzielen, betrachtet werden zu sollen. Man muß das aus der gestern schon erwähnten Andeutung der halbamtlich inspirierten „Köln. Ztg.", schließen, daß der Kriegsminister sich angesichts der Verweigerung der 300 neuen Unteroffizierstellen durch die Budgetkommission des Reichstages doch die Frage vorzulegen haben werde, ob der bisherige „Notbehelf" der zweijährigen Dienstzeit noch weiter genüge, oder ob die gesetzliche Festlegung wirklich weiter unvermeidlich sei. Herr v. Einem hatte, als der Gesetzentwurf betr. die Verlängerung der Friedenspräsenzstärke auf ein Jahr zur Beratung stand, wahrscheinlich in der Freude seines Herzens darüber, daß sich dem Entwurf keinerlei Widerstand entgegenstellte, auf Befragen zugesagt, gleichzeitig mit der im nächsten Jahre zu erwartenden neuen Militärvorlage einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem die zweijährige Dienstzeit, die ja noch immer nur „versuchsweise" besteht, endlich festgelegt werden sollte. Es scheint hiernach, als ob ihm diese Zusage hinterdrein leid geworden ist oder andere Kräfte im geheimen am Werke sind, den Minister zu bewegen, die erste beste Gelegenheit zur Zurücknahme seiner Erklärung zu benutzen. An Gegnern fehlt es der zweijährigen Dienstzeit, obwohl sie nunmehr länger denn ein Jahrzehnt besteht und sich in dieser Zeit aufs beste bewährt hat, bekanntlich auch heute noch nicht, und wer da weiß, wie lebhaft in gewissen Kreisen das Bemühen ist, den Reichstag in einen Konflikt mit der Regierung hineinzutreiben, um eine Auflösung und in weiterer Folge Neuwahlen herbeizuführen, der wird sich der Befürchtung kaum völlig entschlagen können, daß, wenn der Kriegsminister sich in der Tat mit Erwägungen beschäftigt, wie sie die „Köln. Ztg." andeutet, dieser Konflikt kaum zu vermeiden ist.

Die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit ist eine liberale Forderung, die so alt ist, wie diese Dienstzeit und die Bewegung zu ihrer Einführung selber. Seit den zehn Jahren, während deren sie bezüglich ihrer Wirkung auf die Ausbildung der Mannschaften erprobt wurde, hat sich auch nicht das geringste gezeigt, das geeignet wäre, gegen sie ins Feld geführt zu werden. Selbst die Offiziere, die ursprünglich ihre lebhaften Bedenken gegen das „gefährliche Experiment", wie sie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nannten, nicht zu unterdrücken vermochten, geben heute zu, daß sie nichts gezeitigt hat, was diese Bedenken irgendwie gerechtfertigt erscheinen lassen könnte, und wenn der Kriegsminister in voriger Woche vor der Budgetkommission auch erklärte, daß eine überzeugende Probe auf das Exempel nur in einem Kriege gemacht werden könne, so bewies er andererseits doch durch seine Zusage, daß er selbst sowohl wie die übrigen militärischen Kommandostellen über den Ausfall einer solchen Probe nicht im Zweifel sind. Um so mehr muß es jetzt überraschen, ihn geneigt zu sehen, wortbrüchig zu werden. So klipp und klar, so unbedingt und ohne Einschränkung hat er erklärt, in der für nächstes Jahr angekündigten Militärvorlage werde die zweijährige Dienstzeit ihre gesetzliche Festlegung erhalten, daß die Verweigerung der 300 Unteroffizierstellen unmöglich als ausreichender Grund für eine Zurückziehung der Zusage betrachtet werden kann. Noch Ende 1901 waren bei dem preußischen Heere 1200 Unteroffiziere über den Etat hinaus vorhanden, im Jahre 1902 aber war ihre etatsmäßige Zahl ausreichend genug, um je sechs Gemeinen einen Unteroffizier zuteilen zu können, und es ist deshalb auch durchaus nicht anzunehmen, daß der Mangel urplötzlich so groß geworden sein könnte, daß die Militärverwaltung genötigt wäre, unter allen Umständen auf der von ihr geforderten Vermehrung zu bestehen. In der Budgetkommission hat man sich mit Recht gesagt, daß angesichts der im Herbst zu erwartenden neuen Vorlage über die Friedenspräsenz, die, wie der Kriegsminister ja zugegeben hat, eine Reihe von Mehrforderungen enthalten wird, die Frage der Vermehrung der Unteroffizierstellen vertagt werden könne. Die Verlängerung des am 31. März d. J. ablaufenden Quinquennatsgesetzes vom Jahre 1899 auf ein weiteres Jahr ist selbst von der Heeresverwaltung nur als Provisorium bezeichnet worden, und innerhalb des Rahmens eines solchen Provisoriums derartige Veränderungen vorzunehmen, wie die Regierung sie wünscht, dazu dürfte selbst das Plenum des Reichstags nicht geneigt sein.

Auch die Drohungen des offiziösen Blattes am Rhein werden daran nichts ändern. Wenn sie überhaupt einen Effekt haben, dann kann es nur der sein, daß sie den Widerwillen gegen den politischen Kuhhandel in den Reihen derer, für deren Entschließung lediglich der Nachweis der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit ausschlaggebend ist, erheblich stärken. Die zweijährige Dienstzeit ist im Laufe der Jahre so sehr ein unwiderruflbares Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht geworden, daß jeder Versuch, sie unter Berufung auf ihren ja immer nur noch versuchsweisen Charakter zu gunsten der früheren dreijährigen zu beseitigen, den entschiedensten Protest des ganzen Volkes hervorrufen würde. Aber eben deshalb auch muß dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß man fortfahren will, sie als Handelsobjekt zwischen Regierung und Reichstag zu benutzen. Wie es in Fragen, die mit der Landesverteidigung zusammenhängen, überhaupt kein anderes entscheidendes Moment geben sollte, als die Ueberzeugung von der Notwendigkeit ihrer Erledigung, so sollte andererseits auch von der Regierung die ideale Seite der persönlichen Dienste, die der einzelne Staatsbürger dem Staate leistet, um dessen Sicherheit zu erhöhen, viel zu hoch geschätzt werden, als daß sie sich fortgesetzt geneigt zeigte, sie als Pressionsmittel der Volksvertretung gegenüber zu benutzen. Sie pflanzt damit selbst den Keim eines Konflikts mit der Volksvertretung aus, und daß die Frucht dieses Keimes ihr nicht sonderlich zuträglich sein würde, das ist in dem vorliegenden Falle mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen. Die kommende Militärvorlage ist durch die Zusage des Kriegsministers mit der gesetzlichen, d. h. verfassungsmäßigen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit unlösbar verknüpft; nachdem von der maßgebenden Stelle aus in aller Form zugestanden worden ist, daß keinerlei Bedenken mehr dagegen existieren, das bisherige Provisorium zum Definitivum zu machen, ist es geradezu die Pflicht des Reichstages, dieses Definitivum zu verlangen. Vermag sich die Regierung nicht zu entschließen, es freiwillig zu geben, dann wird sich eben der Reichstag die Frage vorlegen müssen, ob er nicht gleiches mit gleichem vergelten und ihr einmal an einem praktischen Beispiel zeigen soll, wohin eine Taktik, wie sie die mehrfach erwähnte Notiz der „Köln. Ztg." ankündigt, führt. Die Folge wird dann zwar, wie schon gesagt, der Konflikt sein, aber wenn aus ihm die Erkenntnis entspringt, daß es doch ratsam und endlich an der Zeit ist, aus der Politik des Kuhhandels, wie sie jetzt sehr zum Schaden unserer ganzen inner- und parteipolitischen Situation, zum Schaden der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben des Reiches überhaupt, Gepflogenheit geworden ist, zu einer Politik überzugehen, in der nur die Erkenntnis der Notwendigkeit und Nützlichkeit in Verbindung mit der Ueberzeugung von der Durchführbarkeit die entscheidenden Faktoren sind, dann soll um ihn nicht gebangt sein. Sch.

Der Krieg in Ostasien.

Bewaffnete Neutralität Chinas.

Der Vizekönig Juanschikai machte amtlich dem Tientsiner französischen General als ältesten der fremden Truppenbefehlshaber Mitteilungen über den Zweck der übermorgen von Paotingfu aus erfolgenden Entsendung kaiserlich chinesischer Truppen. Er erklärte, die Truppen seien nicht nach Schanhaikwan, sondern nach den Bezirken Kintschou und Kau-pan-tsze bestimmt, um die Grenze am Liau-Flusse zu überwachen. Kämpfe im Gebiete des eigentlichen China werden nicht erlaubt werden und versprengte Kriegführende sollen entwaffnet werden. — Man glaubt in Tientsin, daß auch aus Peking Truppen über Land nach der Grenze gehen.

Ein naher Verwandter des Admirals Alexejew über die Lage.

Kurz nach den japanischen Erfolgen in Port Arthur hat sich der russische Militärattaché in Christiania, Oberstleutnant Alexejew, ein naher Verwandter des Statthalters, einem Vertreter des „Derebladet" gegenüber sich in sehr pessimistischer Weise über die Lage in Ostasien ausgelassen. Obwohl der Militärattaché die Stellung Rußlands „nicht für so verzweifelt ansieht, wie gewisse Zeitungen behaupten", gebraucht er, nach der „Frankf. Ztg.", doch die Redensart, „Rußland habe seine Flotte schon bei Beginn der Feindseligkeiten verloren", was bekanntlich selbst die Feinde Rußlands bisher noch nicht behauptet haben. Er begreift nicht, weshalb seine Landsleute in Port Arthur so schlecht auf ihrer Hut gewesen sind. Der erfolgreiche japanische Angriff ist, so sagt Herr Alexejew, für Rußland sehr traurig und wird weitgehende Folgen haben. Japan braucht jetzt seine Truppen nicht mehr in Südkorea zu landen. Es ist jetzt der Herr zur See und kann seine Truppen landen, wo es ihm gefällt. Wenn Japan im Innern der Bucht zwischen Dalny und Tschemulpo an Land geht, so muß als sicher gelten, daß die Russen ihre Stellungen am Jalufluß aufgeben und sich nach Norden zurückziehen. Weiter werden die Japaner wahrscheinlich Niutschwang besetzen, die Eisenbahn nach Port Arthur zerstören, sich dann mit der event. japanischen Armee am Jalufluß vereinigen, weite Strecken der sibirischen Bahn zerstören, in China eindringen usw. Port Arthur ist in Gefahr, ausgehungert zu werden. Schließlich möge man jedoch nicht vergessen, daß das erste Unglück nicht ausschlaggebend sei. Rußland werde alles tun, um das Geschehene wieder gut zu machen, und man werde sehen, daß es schließlich siegen werde.

Das Schicksal der Note zwischen Rußland und Japan.

Zur Vorgeschichte des Krieges bringt die soeben erscheinende Januar-Nummer der Zeitschrift „Asien" (Hermann Paetels Verlag) eine interessante Information einer hochgestellten Persönlichkeit über die Vorgänge, welche zum Bruch zwischen Rußland und Japan geführt haben. Die Information erscheint geeignet, ihrer inneren Wahrscheinlichkeit wegen den über diese Vorgänge bestehenden Unklarheiten mit einem Schlage ein Ende zu bereiten. Der Gewährsmann von „Asien" sagt: Diejenigen Personen, welche aus dem Stande der diplomatischen Verhandlungen den Ausbruch des Krieges voraussagten, haben Unrecht behalten. Man erinnere sich daran, daß der deutsche Reichskanzler noch am Sonnabend an einen Bruch nicht glaubte und daß der Zar am selben Tage zum Großfürsten Nikolaus gesagt hat: „Alles wird gut gehen, Japan wird sich beruhigen, es ist keine Kriegsgefahr. Ich habe meine Regierung in Frieden begonnen, ich werde sie in Frieden fortsetzen und endigen." Tatsächlich befand sich die russische Antwort bereits am 4. Februar in den Händen des Generals Alexejew in Port Arthur. Dem General war mitgeteilt, daß Rußland gern noch eine kleine Abänderung der Note vornehmen wolle, deren Feststellung noch einen Tag erfordere; ginge das an, so solle Alexejew die Note so lange an sich behalten. Alexejew teilte dies sofort telegraphisch dem russischen Gesandten Baron Rosen in Tokio mit und erbat von ihm Telegramm für den Fall, daß die Absendung nötig sein würde. Baron Rosen gab die Antwort, er glaube die Verantwortung für einen Tag Verzögerung übernehmen zu können. Am gleichen Tage (von Donnerstag zum Freitag) fand des Abends in Tokio ein japanischer Ministerrat statt. Der japanische Premierminister selbst wußte bei Beginn der Sitzung noch nicht, daß es zum Kriege kommen mußte. Dagegen war ihm der Inhalt der russischen Note bekannt und damit bekannt, daß nach Eingang derselben ein Grund für den Krieg nicht mehr zu finden sein würde. Im Ministerrat stellte sich heraus, daß der unmittelbare Ausbruch einer japanischen Revolution bevorstehe, wenn der Krieg nicht beschlossen würde. Es bewahrheitete sich der japanische Spruch: „Wer auf einem Tiger sitzt, muß reiten." Der russische Gesandte Rosen erfuhr sofort, daß man kriegerisch gesinnt sei und telegraphierte an Alexejew wegen der Note. Nicht die nach Japan telegraphierte Note Rußlands wurde von Japan abgefangen, sondern die Depesche des Barons Rosen, welche die Note forderte. Die gesamte japanische Diplomatie, desgleichen die englische Regierung wurde durch diese Vorgänge überrascht. Das japanische Ministerium hat bis zum letzten Augenblick den Willen zum Frieden gehabt. So erklärt es sich, daß der Zar am Vorabend des Krieges auf dem Hofball den japanischen Gesandten besonders auszeichnete; der Zar erfuhr erst um 2 Uhr morgens die kriegerische Wendung.

Als einer der ersten erfuhr sie der deutsche Botschafter; er begab sich sofort zum englischen Kollegen; beide telegraphierten an Lord Lansdowne. Daraufhin erst stellte dieser unverzüglich den japanischen Gesandten in London und zwar heftig zurrückt darüber, daß man den Bundesgenossen nicht befragt und England vor ein fait accomplie gestellt hatte. Tatsächlich war aber der japanische Gesandte ebenso überrascht, wie der englische Minister; denn es hatte nicht die japanische Regierung und Diplomatie Scheinverhandlungen geführt, sondern der furor bellicosus des japanischen Volkes erzwang über alle Berechnung hinaus den Ausbruch des Krieges. Nun erklärt sich wohl auch die Sorglosigkeit und mangelnde Bereitschaft der russischen Flotte.

Die Note über die Neutralisierung Chinas.

Oesterreich-Ungarn und Portugal haben nun doch im Prinzip der Note Hays, zu der Deutschland die Anregung gegeben, bezüglich des russisch-japanischen Krieges zugestimmt. Mit Ausnahme Rußlands haben jetzt alle Mächte, an welche die Note gerichtet war, geantwortet.

Der Kaiser von Korea und die Japaner.

Unter dem Zwang der Lage und bestimmt durch Versprechungen der Japaner vergißt der ohnmächtige Kaiser von Korea den alten Groll gegen Japan und schlägt sich im Kampf gegen Rußland auf die Seite seiner Rassegenossen. Dem Reuterschen Bureau wird aus Söul gemeldet, der japanische Gesandte Hayashi und der japanische Militärattaché Ishchi seien am 9. Februar abends vom Kaiser von Korea in Audienz empfangen worden und hätten ihm über den eingetretenen Umschwung der Sachlage berichtet. Der Kaiser habe das offene Vorgehen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040217025/fragment/page=0001

Japaner gebilligt und bestimmt erklärt, er würde seinen Staat niemals irgend einer anderen Macht anvertrauen und sich gänzlich auf Japan verlassen.

Sonstige Meldungen.

Die Niederlande haben besonders scharf über ihre Neutralität zu wachen, weil sie von einer Verletzung Schlimmes für die eigene Souveränität zu fürchten haben. In sämtlichen niederländischen Flußmündungen sind Kriegsschiffe stationiert, um Akte fremder Schiffe gegen die Neutralität zu verhindern. Zwei Panzerschiffe bewachen den Zugang zum Zuidersee. In Niederländisch-Indien sind drei Kreuzer in Padang, dem wichtigsten Hafen auf dem Wege nach Japan, stationiert.

Der russische Admiral Makarow ist von Kronstadt nach Ostasien abgereist.

Aus San Francisco wird berichtet: Die Spediteure einer Ladung Büchsenkonserven, die auf dem Dampfer „Coptic" für die Russen nach Port Arthur verschifft waren, erhielten die Nachricht, die Ladung sei in Nagasaki von den Japanern beschlagnahmt worden. In der nächsten Woche soll mit dem Dampfer „China" eine Ladung von einer Million Pfund Pökelfleisch abgehen und nach Shanghai konsigniert werden, um von dort weiter nach Port Arthur befördert zu werden in der Hoffnung, daß eine Beschlagnahme dieser Sendung vermieden wird.

Auf der Transbaikalbahn werden bis auf weiteres nur noch Frachten im Gewicht bis zu 75 Pud befördert; auf der sibirischen Eisenbahn werden Frachten über 75 Pud, soweit dies möglich ist, nach der Reihe befördert.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der bisherige Staatsanwalt Geh. Justizrat Großpietsch, früher Staatsanwalt am Berliner Landgericht I, wurde zum Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Celle ernannt.

Hofball in Berlin.

Gestern, als am Fastnachtstage, waren zum vierten, letzten Hofball des diesjährigen Winters noch einmal alle hervorragenden Mitglieder der Hofgesellschaft im Königlichen Schlosse vereinigt. Das ganze diplomatische Korps war versammelt, die Damen rechts vom Throne, der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, die Botschafter und die übrigen Diplomaten auf der Kapellenseite. Der Kaiser führte die Prinzessin Friedrich Leopold, der Kronprinz die Herzogin zu Schleswig, Prinz Friedrich Leopold die Prinzessin Ernst von Sachsen-Altenburg, Herzog Ulrich von Württemberg die Erbprinzessin von Hohenzollern. Der Kaiser begrüßte die Gräfin Bülow, die Fürstinnen und Fürsten und wandte sich dann dem russischen Botschafter zu, den er auf diese Seite des Saales hatte herüber bitten lassen, um mit ihm ein sehr lebhaftes längeres Gespräch zu führen. Dann ein Wink des Kaisers, die Kapelle des 2. Garde-Regiments setzte mit Strauß' Walzer „Wiener Blut" ein, die Vortänzer, Prinz Wied und Herr von Winterfeld, begannen den Reigen. Der Kaiser musterte eine Weile die Haltung der tanzenden jungen Herren und setzte dann seinen Rundgang fort, indem er sich den Damen und Herren der Diplomatie zuwendte und über u. a. den japanischen und den chinesischen Gesandten ins Gespräch zog. Rundtänze und Quadrillen wurden auch heute von den Prinzessinnen und Prinzen viel getanzt, während bei Gavotte, Francaise und Menuett, die heute zum letzten male mit ganz besonderer Akkuratesse und Zierlichkeit von den extra eingeübten Paaren durchgeführt wurden, der Kronprinz in erster Reihe stand. Unterdessen wurde lebhaft geplaudert. Der chinesische Gesandte mit seiner gelben Jacke und seinem Kavalleriesäbel stand mit dem früheren Kriegsminister v. Goßler zusammen. Sir Frank Lascelles sprach mit Herrn v. Szögyeny, den seine ungarische pelzbesetzte Magnatentracht prächtig kleidet, der Reichskanzler mit dem italienischen Botschafter Grafen Lanza, Exzellenz von Lucanus mit der Gräfin Bülow, Graf Eulenburg mit dem Grafen Ballestrem, Studt mit Professor Dr. von Bergmann, Adolf von Menzel mit Ludwig Pietsch, Minister von Hammerstein mit dem Grafen Hochberg. Gegen 11 Uhr unterbrach ein Abendessen den Tanz. Im Marmor-Saal war für die fürstlichen Herrschaften gedeckt; mit ihnen speisten die Botschafter und Gesandten mit ihren Gemahlinnen. Bald wurde der Tanz eifrig wieder aufgenommen, um die letzte Stunde noch auszunutzen. Hertels Gavotte der Kaiserin, der Galopp „Auf Urlaub" von Fahrbach und der schöne Huldigungsschlußreigen von v. Dittersdorf beendeten den Ball. Dann wurde noch Punsch und Pfannkuchen gereicht.

Der Herero-Aufruhr.

Nach weiteren aus Okahandja eingelaufenen, amtlich aber noch nicht bestätigten Nachrichten haben die deutschen Truppen jetzt auch östlich von Otjimbingwe Fühlung mit den Hereros gewonnen und waren gestern in ein Gefecht mit ihnen verwickelt. Das diesbezügliche an den „Lokalanz." gerichtete Telegramm lautet:

Okahandja, 16. Febr., 5 Uhr 40 Min. nachm. Heute von 9 Uhr morgens ab wird vorschreitendes Geschützfeuer aus der Richtung Otjimbingwe nach Barmen zu gehört. Das Feuer stammt vermutlich von der Kolonne des Kapitänleutnants Gygas her, bei sich auch die Oberleutnants Kuhn und Ritter von der Schutztruppe befinden.

Bekanntlich wurde dieser Tage schon gemeldet, daß die Hereros mit ihrem Raub sich in die zwischen Otjimbingwe, Groß-Barmen und Windhuk gelegenen Komasberge zurückgezogen haben und dort verfolgt werden. Es scheint den sie verfolgenden deutschen Truppen also gelungen zu sein, sie zu stellen.

Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Präsident der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, und Reichskanzler Graf von Bülow erlassen folgenden, von einer großen Zahl von Staatssekretären, Ministern, Abgeordneten usw. unterzeichneten Aufruf für Deutsch-Südwestafrika:

Ein schweres Verhängnis ist über unsere Kolonie Südwestafrika hereingebrochen. Leben und Eigentum vieler Ansiedler ist aufs schwerste bedroht; durch den Aufstand der Hereros werden die Früchte jahrelanger, mühseliger Arbeit vernichtet. Es ist Pflicht des deutschen Volkes, Hilfe zu bringen und das Los der vom Unglück betroffenen Landsleute nach Kräften zu lindern. Daher richten wir an alle Vaterlandsfreunde die dringende Bitte, sowohl selbst dazu beizutragen, daß der Not unserer Volksgenossen in Südwestafrika gesteuert werde, als auch in ihren Bekanntenkreisen Geldsammlungen für diesen Zweck zu veranstalten. Schnelle Hilfe ist dringend geboten, auch die kleinste Gabe ist willkommen! Die Geber werden gebeten, ihre Spenden an eine der unterzeichneten Banken und Bankfirmen gelangen zu lassen. Nach Abschluß der Sammlungen wird ein aus der Zahl der Unterzeichneten zusammentretender Ausschuß die Verteilung der Gelder übernehmen.

Die Bankfirmen, die den Aufruf unterzeichnet haben, sind: Berliner Handelsgesellschaft, S. Bleichröder, Delbrück, Leo & Co., Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdener Bank, Bank für Handel und Industrie, F. W. Krause & Co., Mendelssohn & Co., A. Schaaffhausenscher Bankverein, Robert Warschauer & Co.

Budde wider Bülow.

In der Sitzung des Reichstags vom 10. Dez. 1903 hatte der Reichskanzler auf eine Anfrage des Abg. Bebel ausdrücklich erklärt, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß durch den Artikel 54 der Reichsverfassung das Recht der einzelnen Staaten beseitigt worden ist, auf den deutschen Strömen lediglich für die Befahrung derselben irgend welche Abgaben zu erheben. Jede Ausnahme hiervon würde der Genehmigung durch ein besonderes Reichsgesetz bedürfen, wie dies auch in dem Gesetz vom 5. April 1886 betreffend die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Unterweser ausdrücklich bestimmt worden ist. Er betonte dabei gleichzeitig, daß dieses Gesetz mit den Vorschriften, welche für eine Abänderung der Reichsverfassung notwendig sind, erlassen worden sei. Nach dieser Erklärung des Reichskanzlers, der doch auch zugleich preußischer Ministerpräsident ist, muß es im höchsten Grade befremden, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Budde, in der Sitzung der Budgetkommission vom 9. d. M. eine Erklärung abgegeben hat, wonach auch auf den natürlichen Wasserläufen für die Benutzung der erst künstlich geschaffenen Fahrtiefe Gebühren zur Deckung der für die Herstellung und Unterhaltung aufgewendeten Kosten erhoben werden dürfen. Wenn sich Herr Budde dabei auch auf den Standpunkt des Bundesrats bei Einbringung des Reichsgesetzes vom 5 April 1886 bezieht, so ist eben, wie vom Reichskanzler ausdrücklich hervorgehoben worden ist, damals gerade der Standpunkt gewahrt worden, daß es sich um eine zwingende Bestimmung der Reichsverfassung gehandelt habe und daß eine andere Praxis nur mit einer Abänderung der Reichsverfassung möglich sei. Das, was Herr Budde will, sind tatsächlich Befahrungsabgaben, die der Reichskanzler für unzulässig erklärt hat; denn eine künstliche Fahrtiefe, sofern sie durch Regulierungsarbeiten erzielt wird, ändert an dem Charakter des natürlichen Flußlaufs nichts, und eine solche ist durch die Regulierungsarbeiten erreicht worden, längst bevor die Reichsverfassung erlassen worden ist.

Es ergibt sich also ein klaffender Widerspruch zwischen der Erklärung des Ministers der öffentlichen Arbeiten und der des Reichskanzlers; die Buddesche Erklärung hat denn auch in gewissen Bundesratskreisen, wie wir zuverlässig erfahren, peinliche Ueberraschung hervorgerufen und wird auch im Reichstage gelegentlich der Beratung des Etats des Reichskanzleramts den Anlaß zu einer eingehenden Erörterung der Frage geben. Es wird dabei darauf hingewiesen werden, daß es sich hierbei nicht bloß um Absichten der preußischen Wasserbauverwaltung handelt, welche in Zukunft durchgeführt werden sollen, sondern daß die Grundsätze der Reichsverfassung bereits seit Jahren verletzt werden, indem in die Kosten der Herstellung und Unterhaltung solcher Anlagen, für welche Abgaben nach der Reichsverfassung erhoben werden sollen, auch solche hineingerechnet werden, für welche eine Deckung durch Schiffahrtsabgaben nach der Reichsverfassung ausgeschlossen ist. **

Heer und Flotte.

— S. M. Schulschiff „Moltke", Kommandant Kapitän z. S. Sommerwerck, hat am 15. Februar bei Cabo de Bares nordöstlich von Ferrol geankert.

— S. M. S. „Stein" ist am 15. Februar in Horta auf Fayal (Azoren) eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Vigo (Spanien) fortgesetzt. „Seeadler" ist am 15. Februar in Chinkiang eingetroffen.

Parlamentarisches.

— Die Budgetkommission des Reichstages beriet gestern, wie schon kurz erwähnt, den Militäretat weiter, ohne seine Beratungen zu Ende zu führen. Verschiedene Mitglieder der Kommission sprachen sich dann noch mißbilligend über die Abkommandierung von Truppen zu Spalierbildungen und zur Eskortierung von Fürstlichkeiten aus. Der Kriegsminister wies demgegenüber darauf hin, daß die Repräsentation bei Fürstenbesuchen allgemein üblich sei und in anderen Ländern in weit höherem Maße geübt werden. Uebrigens habe die Militärverwaltung darauf keinen Einfluß; auch glaube er nicht, daß der militärische Dienst dadurch geschädigt werde. — Beim Kapitel „Artillerie- und Waffenwesen" gab Kriegsminister v. Einem auf Anfrage des Abg. Müller-Fulda (Ztr.) Aufschluß über die Umänderung der Feldgeschütze in Rohrrücklaufgeschütze. Es seien solche Geschütze von Krupp und von Ehrhardt geliefert worden, mit denen nach anfänglich unbefriedigenden Ergebnissen, nachdem man mit ganzen Batterien operiert habe, bessere Resultate erzielt seien, namentlich mit den Kruppschen Geschützen. Nebenher seien von dem Konstruktionsbureau Versuche angestellt worden, um ein Kompromißgeschütz Krupp-Ehrhardt zu schaffen, das aller Wahrscheinlichkeit nach das Beste sein werde, was bisher geleistet sei. Ein Modellgeschütz dieser Art werde im Frühjahr dem Kaiser vorgeführt werden, und es dürfte alsdann wohl mit Sicherheit dieses System zur Einführung gelangen. — Eine längere Debatte entspann sich bei dem Titel „Für kriegsmäßige Instandhaltung der Geschütze der Feld-, Belagerungs- und Festungsartillerie" für Sachsen. Hier werden 194,701 M. auf Antrag Müller-Fulda (Ztr.) gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen gestrichen, da noch 623,000 M. vorhanden seien, während der Jahresbedarf nur 194,000 M. rund beträgt. Bei dem Kap. „Beschaffung, Anfertigung und Unterhaltung der gesamten Munition" wird eine Resolution Gröber (Ztr.) einstimmig angenommen, daß die Löhne und die Arbeitsdauer in den Militärwerkstätten nicht ungünstiger sein sollen als in den Privatbetrieben. Die geforderte Offmarkenzulage (301,000 M.) für die Militärbeamten in Posen und Westpreußen wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

— Die Konservativen brachten einen Beschlußantrag zum Etat des Reichsjustizamts ein, worin sie die Regierungen um Einbringung eines Gesetzentwurfes ersuchen, wonach zur größeren Sicherung der beim Betriebe von Kraftfahrzeugen Verunglückten die Kraftfahrer, zur Unfallberufsgenossenschaft vereinigt, beitragspflichtig erklärt werden, und die Genossenschaft für Schaden aufzukommen hat.

Soziales.

— Die Errichtung einer gemeinsamen Geschäfts-Stelle sämtlicher deutscher Arbeitgeberverbände ist gesichert. Der zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Ausschuß erklärte sich einstimmig für das Projekt und setzte eine Kommission von 6 Mitgliedern zur Ausarbeitung der Statuten ein.

(Nachdruck verboten.)

XXIV. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Hg. Berlin, 16. Febr.

Im großen Saale des Architektenhauses wurde heute früh unter dem Vorsitz des Grafen Mirbach-Sorquitten die stark besuchte Generalversammlung des Vereins abgehalten. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf:

Die Entwickelung des Handwerks in Deutschland.

Der Referent, Landtagsabg. Schneidermeister Jacobsötter-Erfurt, behandelte die Frage, welche Maßnahmen die Gesetzgebung zur Förderung und zum Schutze des Handwerks tun könne, und empfahl folgende Entschließung:

Die Generalversammlung erklärt: Der Handwerkerstand ist noch heute ein bedeutungsvoller Teil des bürgerlichen Mittelstandes; seine Erhaltung ist daher eine der wichtigsten Aufgaben. — Das Gesetz vom 26. Juni 1897 bedeutet einen gesunden Fortschritt auf dem Wege der Gesetzgebung. Es bedarf aber des Ausbaues nach zwei Seiten: 1. Der Meister muß allein berechtigt sein, Lehrlinge zu halten und anzuleiten; 2. die Großbetriebe, welche ausschließlich oder hauptsächlich im Handwerksbetrieb ausgebildete Gesellen (Gehilfen) beschäftigen, müssen zu den Kosten der Innungen und Handwerkskammern entsprechend herangezogen werden. — Im übrigen ist die Förderung des Handwerkerstandes Sache der Verwaltungsbehörden und kann geschehen durch Unterstützung aller auf die bessere Vorbildung gerichteten Bestrebungen sowie des gewerblichen Genossenschaftswesens.

Abg. Jacobsötter führte u. a. aus: Es sei nicht richtig, daß das Handwerk notleidend sei und daß es nur vor Erlaß der Gewerbeordnung geblüht habe. Wenn man die Blütezeit des Handwerks haben wolle, müsse man schon einige Jahrhunderte — die letzten leider — überschlagen. Die Entwickelung unserer Verkehrs-, Handels- und politischen Zeitverhältnisse ließen eine Wiederbelebung der Zünfte nicht mehr zu. Die Gewerbefreiheit habe nicht so schädlich gewirkt, wie man gemeinsam annehme. Die Fabriken haben teilweise schon vor dem Erlaß bestanden oder es sei damals schon der Grund für sie gelegt gewesen. Man blicke aber zurück, wie das Handwerk seit 200 Jahren darniederlag trotzdem damals der Befähigungsnachweis bestand. Nun werde man auf die Warenhäuser verwiesen. Er sei kein Freund von ihnen, aber man sage doch wie man Abhilfe schaffen wolle. Ihm sei kein wirksames Mittel bekannt. Die Besteuerung habe nichts genützt. Die Magazine seien notwendig und es sei bedauerlich, daß die Handwerker diese den Kaufleuten überlassen haben (Sehr richtig!). Es gebe viele Dinge, die man fertig sehen wolle. Wenn er den Handwerkern die Wahrheit sagen solle, so müsse er sagen: ihr Wunsch mit dem Befähigungsnachweis die Konkurrenz einzuschränken führe nicht zum Ziele. Redner hält dafür geeignet: Meisterkurse, Fachschulen, Vergebung von Arbeiten an gelernte Meister usw. Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens für das Handwerk sei Vorsicht geboten, leider sei die Staatsregierung bei ihrem Bestreben, die Genossenschaftsbildung der Handwerker zu fördern, nicht immer sehr vorsichtig gewesen. (Lebhafter Beifall.)

Ohne längere Debatte wurde fast einstimmig der Beschlußantrag Jacobsötter angenommen. — Dann sprachen Graf Mirbach und Dr. Frendenstein über die Veranlagung des Grundbesitzes zur preußischen Vermögenssteuer. Sie fordern: Eine Aenderung des § 11 des Ergänzungsgesetzes vom 14. Juli 1893 in der Richtung, daß der Wert des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes nach seinem Ertrage bemessen wird, ist schon wegen der Lage der schwer um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft dringlich geboten.

Die Versammlung hörte darauf einen fast dreistündigen Vortrag eines Herrn Th. Duimchen-Berlin über die Gefahren der amerikanischen Trusts für unser wirtschaftliches Leben.

Von einer Beschlußfassung wurde abgesehen und gegen 5 Uhr die Versammlung vom Grafen Mirbach geschlossen.

Preußischer Landtag.

(Eigenbericht der „Saale-Ztg.")

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 16. Februar. 11 Uhr.

Am Ministertische: Möller u. a.

Eingegangen: ein Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von weiteren Mitteln für die Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und gering besoldeten Staatsbeamten.

Die zweite Beratung des

Etats der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung

wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben.

Hierzu liegt vor der Antrag Dr. Hirsch (freis. Vg.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die veralteten Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes über die Knappschaftsvereine mit der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Einklang gebracht werden sollen.

Abg. Stötzel (Ztr.): Die Entwickelung, die unser Bergbau genommen hat, hat dazu beigetragen, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nach und nach erkaltet ist. Das kommt hauptsächlich daher, daß das Verhältnis aus einem persönlichen zu einem sachlichen geworden ist. Unsere sozialpolitische Gesetzgebung muß schließlich auch bestrebt sein, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter wieder mehr zu einem persönlichen zu machen. Redner richtet sodann heftige Angriffe gegen die Grubenverwaltung bei Oberhausen, bei der es in voriger Woche zum Ausstand gekommen war. Redner geht sodann auf das Knappschaftswesen ein und äußert die Ansicht, daß sich die geheime Wahl bei den Knappschaften, wo sie eingeführt sei, sehr gut bewährt habe. Wäre der christliche Verband nicht, so hätten wir dort längst wieder einen unseligen Streik gehabt, durch den Hunderttausende brotlos geworden wären.

Abg. Korfanty (Pole) bestreitet den gestrigen Ausführungen des Abg. Boltz gegenüber, daß in Oberschlesien die Bergarbeiter zufrieden seien. Den Arbeitern gehe es schlecht in Schlesien. Die Tatsachen protestierten gegen Herrn Boltz. Herr Boltz säße nicht hier, wenn das Volk seine wahre Meinung bei den Landtagswahlen zum Ausdruck bringen könne. (Lachen.) Man müsse auch in Schlesien bei den Knappschaften die geheime Wahl einführen. Man komme nicht hier wieder mit der großpolnischen Gefahr. Auch müßten die Revisionen der Bergwerke in wirksamerer Weise vorgenommen werden. Jetzt wisse man in dem Bergwerk immer schon im voraus, wann eine Revision stattfinden werde. Redner verbreitet sich noch weiter über die Bergarbeiterverhältnisse in Schlesien. Die Polen bildeten, wenn sie auch in verschiedenen Staaten wohnten, eine Kulturgemeinschaft. Polen von Preußen loszureißen, daran dächten sie nicht, dazu hätten sie nicht die Kraft und nicht den Willen. (Präsident v. Kröcher bittet den Redner wiederholt, zum Vergetat zu reden.) Die spätere Gestaltung der Dinge liege in Gottes Hand, der Fürsten und Throne zerschmettern könne.

Minister Möller: Ich hatte vom Vorredner Großes erwartet und habe Kleines gefunden. (Beifall.) Wenn er davon spricht, daß die Bergbeamten korrumpiert seien, so hat er sich wohl gehütet, Namen zu nennen. Ich kann das parlamentarisch nicht näher bezeichnen, im gewöhnlichen Leben nennt man das Verleumdung. (Beifall.)

Abg. Itzmer (freik.) erklärt, seine Freunde würden gegen die in Aussicht gestellte Novelle zum Berggesetz stimmen, wenn in ihr die geheime Wahl für die Knappschaften allgemein eingeführt werden sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040217025/fragment/page=0002

Abg. **Brust** (Ztr.) polemisiert gegen die gestrigen Reden der Abgg. Hilbck und Schultz. Das Zentrum werde schon dafür sorgen, daß auch im Ruhrkohlenrevier bei den Knappschaftswahlen die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Leider werde durch die Nationalliberalen bei den Wahlen eine Zersplitterung der Stimmen herbeigeführt. Die Nationalliberalen mögen dahin wirken, daß nicht systematisch die evangelischen Bergarbeiter vom Beitritt zum Verbande abgehalten werden. Dann werde man gemeinsam die Sozialdemokratie bekämpfen können. Seine Partei werde nach wie vor die Interessen der Bergarbeiter vertreten. (Beifall im Zentrum.)

Ein **Regierungskommissar** erwidert auf eine Bemerkung des Vorredners, daß der allgemeine Knappschaftsverein in Dortmund versucht habe, den ganzen Wirtschaftsplan abzulehnen, so daß die Verwaltung gezwungen gewesen sei, dagegen einzuschreiten.

Minister **Möller** betont, daß eine Aenderung des Gewerbegerichtsgesetzes, um die Zulassung der Rechtsanwälte zu ermöglichen, auf großen Widerstand stoßen würde. Es sei ja der Sinn des Gesetzes, in erster Linie Streitfragen auf dem Wege des Vergleichs aus der Welt zu schaffen. Tatsächlich seien 70 Prozent aller Fälle in Deutschland durch Vergleich erledigt.

Abg. **Hirsch**-Essen (nl.) hofft, daß der wüsten Agitation, die in politischer Hinsicht mit der Wurmkrankheit getrieben wird, endlich ein Riegel vorgeschoben werde. Die Löhne seien im Westen im Aufsteigen begriffen. Die Forderung des Achtstundentages sei keineswegs eine alte Forderung, die Bewegung dafür sei künstlich erzeugt. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Tätigkeit des christlichen Verbandes, der vor Jahren durch den Streik am Piesberge ein Werk lahm gelegt habe und auch jetzt wieder in Bochum mit dem sozialdemokratischen Verbande gemeinsame Sache mache.

Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.) bespricht die Schädigungen, welche die Hüttengase, namentlich die Schwefelgase, anrichten und wendet sich gegen das Vorgehen der Polizei- und Verwaltungsorgane, die den Gastwirten, namentlich im Kreise Gleiwitz, Maßregelungen in Aussicht gestellt hätten, wenn sie ihre Säle für polnische Versammlungen hergäben. Einen solchen Druck halte er nicht für zulässig. Redner beschwert sich zum Schluß darüber, daß einige Zentrumsversammlungen vor der Wahl in seinem Wahlkreise durch die Polen gestört seien.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. **Voltz** (ntl.) und **Korfanty** (Pole) wird der Antrag Dr. Hirsch-Berlin abgelehnt.

Einige weitere Titel des Etats werden debattelos angenommen.

Bei dem Titel Löhne bemerkt

Abg. **Brust** (Ztr.): Die Löhne der Bergarbeiter mögen im Laufe der Jahre gestiegen sein, aber die Steigerung ist doch nicht in dem Maße vor sich gegangen, wie es den Bergarbeitern zu wünschen wäre. Redner wendet sich dann gegen einige Ausführungen des Abg. Hirsch (Essen.)

Bei Kapitel 20 Oberbergämter bemerkt

Abg. **Voß** (nl.): Die Kgl. Berginspektion in Barsinghausen am Deister gehört immer noch zur zweiten Klasse, aber heute liegen doch die Verhältnisse ganz anders als früher. Ich bitte veranlassen zu wollen, daß die Löhne am Deister erhöht werden. Redner kommt dann auf den Verkauf des Kohlenflötzes und zu der Wasserleitung in seiner Gemeinde.

Oberberghauptmann **v. Velsen**: In die Erwägung der eben geäußerten Wünsche soll eingetreten werden. Ich werde die Sache prüfen. Die dortigen Handwerker werden tunlichst berücksichtigt werden, wenn sie sachgemäße Forderungen stellen. Wir können den Landwirten nicht die gleichen Preise für die Kohlen stellen, wie sie draußen erhalten unter dem Zwang der äußersten Konkurenz.

Beim Kapitel Bergtechnische Lehranstalten bemerkt

Abg. **Dasbach** (Ztr.): An die Studierenden der Bergakademie in Clausthal ist eine Verfügung gegen die Duelle ergangen. Der Geheimrat Krüger in Osnabrück hat mehrere Duelle gehabt, ohne daß dies seiner Beförderung geschadet hätte. (Große Heiterkeit.) Die Studenten könnten dadurch irre werden und meinen, was dem Alter erlaubt ist, dürfe für die Jugend nicht verboten werden. Ein Nachtrag zu jener Verfügung muß hier also erlassen werden. Herr v. Eynern hat hier behauptet: Ich sei 87 mal wegen Preßvergehen bestraft worden. Ich bin durch Schluß der Debatte neulich verhindert, zu antworten.

Vizepräsident **Dr. Porsch**: Sie dürfen auf Sachen, über welche die Debatte geschlossen ist, nicht wieder zurückkommen.

Abg. **Dasbach**: Ich will nur sagen: ich bin nur 5 mal bestraft. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Schultz**-Bochum (nl.) weist darauf hin, daß es notwendig sein wird, für die geologische Landesanstalt und die Bergakademie in Berlin neue Gebäude zu errichten. An der Bergakademie Clausthal sei eine Gehaltserhöhung für die Professoren dringend nötig, hier seien die Gehälter niedriger als an allen anderen technischen Hochschulen. Die Direktoren und die Lehrer an den staatlichen Bergschulen hätten trotz Gehaltserhöhung noch immer geringere Gehaltsbezüge als die Direktoren und Lehrer an Baugewerkschulen.

Hierauf werden die ordentlichen Ausgaben bewilligt.

Auch die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden nach kurzer Bemerkung des Abg. Dr. **Voltz** (nl.) bewilligt.

Damit ist die zweite Lesung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung erledigt.

Präsident **v. Kröcher**: Nach dem Stenogramm hat der Handelsminister dem Abgeordneten Korfanty gegenüber geäußert: „Das ist etwas, was ich parlamentarisch nicht bezeichnen kann. Im gewöhnlichen Leben nennt man das Verleumdung.“ Ich kann nur sagen, daß wenn ein Mitglied des Hauses diesen Ausdruck gegen ein Mitglied der Regierung oder gegen ein Mitglied des Hauses gebraucht haben würde, ich ihn gerügt haben würde.

Es folgt die Beratung des

Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Bei den Einnahmen bemängelt Abg. **Felisch** (kons.), daß keine neuen Baugewerkschulen in den Etat eingestellt sind, und tritt für die Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe ein.

Minister **Möller** verspricht, sobald ein Bedürfnis dazu vorliegt, weitere Mittel für Baugewerkschulen zu fordern.

Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.) bittet für die Stadt Gleiwitz um Zuschuß zu der Errichtung der Maschinenbauschule.

Abg. **Brütt** (fk.) spricht gegen die Verstaatlichung der Eichämter. Bei Aufhebung des Kommunalprinzips müßte auf eine finanzielle Entschädigung der Kommunen Bedacht genommen werden.

Minister **Möller**: Es steht eine reichsgesetzliche Regelung der Nacheichung in Aussicht; die große Mehrzahl der Handelskammern hat sich zustimmend zu dem Projekt ausgesprochen. Entschädigungsanspruch kann den Kommunen nicht zugebilligt werden, doch werden die Kommunen gehört werden.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— Kaiser Franz Josef machte gestern die erste Ausfahrt nach seiner letzten Erkrankung.

— In der ungarischen Delegation erklärte der Ministerpräsident Graf Tisza: Gegenüber den von Apponyi gegen den Dreibund geäußerten Bedenken kann ich aufs kategorischste erklären, daß aus dem Dreibund keinerlei Berechtigung entspringt, uns bezüglich der Entwicklung unserer militärischen Kraft zu beeinflussen. Wenn man aber den Einfluß des Dreibundes auf die friedliche Gestaltung der auswärtigen Verhältnisse in Betracht zieht, kann man mit ruhiger Gewißheit sagen, daß durch ihn die militärischen Ausgaben nicht nur nicht vermehrt wurden, sondern im Gegenteil geringer geworden sind, als sie bei unsicheren auswärtigen Verhältnissen nötig gewesen wären. Was die Entente mit Rußland anbetrifft, so laufen in unserer Politik und derjenigen Rußlands die Grundprinzipien parallel, da beide Mächte jede Expansionspolitik von sich werfen und weder wir noch Rußland auf irgend einen Balkanstaat einen ausschließlichen Einfluß ausüben wollen. Hoffentlich wird diese Entente auch unter veränderten Verhältnissen aufrecht erhalten werden können.

Dänemark.

— Der dieser Tage unterzeichnete Schiedsvertrag zwischen Dänemark und den Niederlanden enthält keine einschränkenden Bestimmungen hinsichtlich der Angelegenheiten, welche durch den Haager Schiedsgerichtshof zur Entscheidung gebracht werden können, sondern nur den Vorbehalt, daß private Forderungen gegen einen der vertragschließenden Staaten auf den gewöhnlichen Prozeßweg verwiesen werden. Eine Bestimmung des Vertrags eröffnet anderen Mächten die Möglichkeit, ihm beizutreten. Zur Ratifikation des Vertrags ist die Genehmigung der holländischen Generalstaaten erforderlich. — In dem Vertrage liegt das volle Vertrauen des einen gegenüber dem andern Staate beschlossen, daß die Rechtsprechung in Sachen Fremder genau so unparteiisch verfahren wird wie in Sachen Einheimischer.

Großbritannien.

— Der „Standard“ teilt mit, daß der Herzog von Connaught für den neuen Posten des Generalinspekteurs der Truppen ausersehen ist. Der Herzog, der einzige noch lebende Bruder des Königs, ist 53 Jahre alt, englischer Feldmarschall und Kommandant des irischen Armeekorps. Er ist vermählt mit Prinzessin Margarete von Preußen, Tochter des Prinzen Friedrich Karl, Schwester des Prinzen Friedrich Leopold.

— Aus London unterm 16. d. schreibt unser Berichterstatter: Nach dem Ergebnis der gestrigen Abstimmung, die eine Majorität von 51 Stimmen für die Regierung aufwies, nehmen beide Parteien einen sogenannten „moralischen Sieg“ für sich in Anspruch. Aber tatsächlich ist die Majorität der konservativ-unionistischen Regierung Salisbury-Balfour im Abnehmen begriffen. Daß die Flut des Liberalismus tatsächlich zurückkehrt, darüber muß sich nun nach und nach auch der von dem Parteieifer mit Blindheit Geschlagene klar sein. Wie lange die jetzige Opposition — wenn sie eines Tages wirklich wieder ins Amt kommt — sich an der Regierung halten wird, ist eine andere Frage, die zu einem gewissen Teile von dem körperlichen Wohlbefinden ihres Gegners Mr. Chamberlain abhängen würde. Die englischen Wähler betrachten auch die Politik als Sport, und der Sport hört auf, wenn nicht jedem der Gegner einmal das Glück hold ist.

Serbien.

— Belgrader Blättern zufolge leisteten Arnauten (türkischer Name für Albanesen. Red.) in Djakowitza der eine Viehzählung vornehmenden Steuerkommission bewaffneten Widerstand. Aus Mitrowitza eingetroffenes Militär feuerte auf die Aufständischen. 18 Arnauten und 4 Soldaten wurden erschossen. Schukri-Pascha ist mit einer Truppenverstärkung von Uesküb nach Djakowitza abgegangen.

Aus Macedonien.

Konsulardepeschen aus Uesküb und Prizrend melden, daß im Gebiet von Diakowa zwischen oppositionellen Albanesen und den türkischen Truppen Kämpfe stattgefunden haben, über die noch Einzelheiten fehlen, und daß sich die Bewegung auf das Gebiet von Djuma südlich von Prizrend auszudehnen beginnt. — Infolge der Teilnahme zahlreicher bulgarischer Lehrer an der vorjährigen Bandenbewegung verlangt die Pforte bei der Neueröffnung bulgarischer Schulen, daß die Lehrer persönliche Garantien beibringen. Der Exarch wird dieser Maßregel nicht zustimmen, weil sie gegen das organische Statut verstoße. Der Zivilagent hat von dem Generalinspekteur einen kurzen Aufschub für die geforderten Garantien erwirkt.

Letzte Nachrichten.

Kiel, 17. Febr. Die kaiserliche Jacht „Hohenzollern“ hat Befehl erhalten, für die Mittelmeerreise des Kaisers die Proviant-Ausrüstung zu beenden. Sie verläßt mitsamt dem Kreuzer „Prinz Heinrich“, der sie begleiten soll, nächste Woche Kiel, um den Kaiser in einem Mittelmeerhafen an Bord zu nehmen.

Der Krieg in Ostasien.

Petersburg, 16. Febr. Die Zeitung „Russi“ dementiert die gestrige Meldung der „Now. Wremja“, daß der deutsche Konsul in Moskau bei der Kundgebung der Menge geäußert hätte, Japan habe durch den unerwarteten Angriff das Völkerrecht verletzt. Der Konsul dankte bloß für die Sympathiekundgebungen und erklärte, daß er dem Kaiser Wilhelm darüber berichten wolle; er sei überzeugt, daß der Kaiser davon angenehm berührt sein werde.

Berlin, 17. Febr. Die Toulouner Brieftaubengesellschaft sendet, dem „Lok.-Anz.“ zufolge, nach eingeholter Zustimmung der Pariser russischen Botschaft 150 Brieftauben nach Port Arthur ab, die dazu bestimmt sind, zwischen diesen Plätzen und dort noch festzustellenden Punkten Depeschen zu überbringen. Der Sekretär der Gesellschaft begleitete die Sendung, um den Dienst an Ort und Stelle organisieren zu helfen.

Brázay-Franzbranntwein

Der Name **„Brázay“** und die nebenstehende, eingetragene Schutzmarke bieten allein die Garantie für die Echtheit des Franzbranntwein. Jede Nachahmung ist zurückzuweisen.

Preis pro Fl. „Brázay-Franzbranntwein“ 2 M., überall käuflich.

DAS BESTE
“APENTA”
OFENER BITTERWASSER

Zur **Konfirmation**

empfehle: **Frühjahrs-Neuheiten** in schwarzen und farbigen Kleiderstoffen, Besatz- und Seidenstoffen, Jacketts, Umhängen, Unterröcken, Blusen, fertigen Kostümen, Plaids, Tüchern, Korsetts, Handschuhen, Schleifen, Jabots, Gürteln, Spitzen etc. = Wäsche-Ausstattungen. =

Preise ohne Konkurrenz.

Hervorragende
Gelegenheitskäufe
in
schwarzen
Kleiderstoffen.

Halle a. S. Geschäftshaus **J. Lewin,** Marktplatz 2 u. 3.

Grösstes Warenhaus der Provinz Sachsen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040217025/fragment/page=0003

Teppiche, Gardinen.

Reiche Auswahl erster Fabrikate bei billigst gestellten Preisen.

Möbelstoffe, Portièren, Tisch- u. Diwandecken, Zuggardinen, Woll-Decken, Stepp-Decken etc.

Orientalische Teppiche
in grossen und kleinen Formaten.
Interessante Auswahl. Billige Preise.

Bruno Freytag

Halle a. S.
Leipzigerstr. 100, part., I. u. II. Etage.

C. G. Hölzke,

Spezialgeschäft für Gas- u. Wasseranlagen,
Franckestr. 7 — Telephon 746
empfiehlt sein **auswahlreiches Lager**
moderner Gasbeleuchtungs-Gegenstände.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Karten vom Kriegsschauplatz

Deutsch-Südwestafrika a 60 Pf.
Ostasien a 1 Mk.
vorrätig bei
Otto Hendel, Buchhandlung, Markt 24.

PATENTE etc.
Patentanwalt
SACK-LEIPZIG Brühl 2.

Linoleum-Reste,

Posten glattbraune u. gemusterte Ware, spottbillig.
G. Frauendorf,
Schulstr. 3/4. Fernspr. 2341.

Schluß des Ausverkaufs Ende Februar.

Preise für noch vorhandene Waren jetzt noch ermäßigt.
Besonders empfehlen in noch großem Vorrat:
Bettbezüge, in feinen Qualitäten, Bettücher, volle Breite, Tischtücher, Servietten, Gedecke, Handtücher, Damen-Taghemden, Beinkleider, Negligé-Jacken in besseren Qualitäten, **Unterröcke** in weiß, auch für **Konfirmanden.**

A. J. Jacobowitz & Co.,
Magdeburgerstr. 3, 1 Treppe, gegenüber Wintergarten.

Krausenstr. 16
Halle a. S.

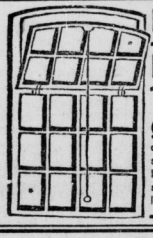
Sommer-Jalousien
Holzdraht-Rouleaux
Rollwände
Rolläden von Holz u. Stahl.
Hallesche Jalousie- u. Rolladen-Fabr.
Franz Rudolph & Co.

Fernspr. 2106
Reparaturen.

Rud. Hüttinger
Uhrmacher
Leipziger-Str. 55
repariert
Uhren jeder Art
sorgfältig & preiswerth
unter Garantie.

Rohguss,

Blech und Draht
in Messing und Neusilber empfiehlt
Ferd. Haassengier,
Barfüßerstr. 9. Fernspr. 1196.



Fürstlich Stolberg'sches
Hüttenamt Ilsenburg a. H.
empfiehlt als Specialität:
gusseiserne Fenster
dauerhafter und billiger als hölzerne und schmiedeeiserne. Stückpreise ohne Modellkosten franco u. bruchfrei jeder Eisenbahnstation. Bei Anfragen wird die Angabe der lichten Masse der Fensteröffnungen erbeten.

Drehrollen bester Konstruktion
liefert
Practorius, Wörmlitzerstr. 103.

Kinder-Nährmittel

in stets frischer I. Qualität
empfiehlt
Drogerie E. Fischer,
Moritzzwing. 1.

R. Gottschalcks

Masken- u. Theater-Garderoben-Verleih-Institut,
Kleine Ulrichstraße 25, I,
hält seine reichhaltige Auswahl
neuer feiner Herren- u. Damen-Masken-Anzüge
bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Prachtvolle engl. Matjes-Heringe,
Neue Malta- und franz. Nieren-Kartoffeln,
Neue engl. Gurken u. Pariser Blattsalat,
Lebendfrischen Norderneyer Angel-Schellfisch,
Lebende und abgekochte Hummern,
Ia. Holl. Austern, schwerste Sortierung,
Fettriefenden hochfeinen ger. Winter-Rheinlachs u. Weserlachs,
Prachtvollen Beluga- Malossol-, Astrachaner und Stör-Kaviar in gewähltesten Qualitäten,
Zarte echte Prager und Hamburger Schinken,
Feinste Braunschweiger Gemüse- u. rhein. Früchtekonserven,
deutsche u. engl. Marmeladen u. Gelees,
echtes rhein. Apfelkraut,
garantiert reinen Blütenhonig in Scheiben u. geschleudert,
empfehlen

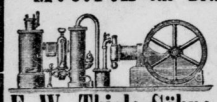
Sprengel & Rink,

Inh.: Franz Sprengels Erben u. Oskar Klose.

Gegen Ratenzahlungen

erhalten solide Personen sämtliche Damen- u. Herren-Kleiderstoffe, Wäsche-Artikel, fertige Damen-Jacken, Herren-Anzüge usw. usw. von der Firma
Paul Louis Jahn, Greiz 127,
Fabrikgesch. u. Vers. f. Art. d. Weberei 2c.

Saug-Generatorgas-Anlagen und Motoren für Braunkohlen und Briketts.



Billiger im Betrieb, einfacher als Anthrazitanlagen. **Größere Betriebssicherheit**, da **keine Teerbildung** mehr. **Brennstoffkosten** 1½ **bis** 1½ **Pfg.** pro **Pferdekraft** und **Stunde.**

F. W. Thiele Söhne, Maschinenfabrik Stendal, 5.

Kaiser-Otto Hafermehl

für **Kindernahrung.**
Leichter verdaulich u. bekömmlicher als alle älteren Marken.
16,7% lösliche Kohlehydrate, — Knorr's z. B. nur 8,4%
Laut Untersuch.-Bericht d. Zeitschrift „Medicinische Woche".

Sparsame Hausfrauen
verwenden f. Wäsche u. Hausbedarf nur
Elfenbeinseife
Marke „Elefant" und
Veilchen-Seifenpulver
„Bleib mir treu" von
Günther & Haussner,
Chemnitz-Kappel.
In fast allen Kolonialwaren- und Seifenhandlungen zu haben.

Unübertroffen

in Geschmack und Ausgiebigkeit ist
Deutscher National-Kakao
Pfund 2 Mark.
Alleinige Fabrikanten:
Knape & Würk, Leipzig.
Fabrik-Niederlage: Gr. Ulrich- u. Steinstr.-Ecke.

Wijnand Fockink

Gegründet Amsterdam im Jahre 1679

Hoflieferant Ihrer Majestät der Königin der Niederlande, Seiner Majestät des Königs von Preussen u. anderer europäischer Höfe.

ff. Liköre: **Anisette, Curaçao, Cherry-Brandy**
u. s. w.

Käuflich in allen besseren Delikatess-, Weinhandlungen und Konditoreien.

Auktion.

Donnerstag den 18. d. Mts. nachmittags 2 Uhr versteigere ich Raumischstraße 15 (Drei Schwäne) im Auftrage des Klempnermeisters Herrn **Max Schulze** wegen Fortzugs folgende neue Gegenstände:
3 Gasbadeöfen m. Brause, 1 Kohlenbadeofen, 1 Schnellwasserhitzer, **7 Gaskocher mit Erhitzer, 8 moderne Gaskronen, 23 dgl. Lyren, 28 Wandarme,** 22 beivonneue Metallschläuche, 1 Messing-Badebatterie **Armaturen und** m. Brause, **Installations-Artikel** für Gas u. Wasser, Gegenstände für Klosettseinrichtungen u. u. d. a. S. öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Besichtigung daselbst von 12 Uhr an.
Oscar Knoche, verpf. Auktionator,
Große Steinstraße 63.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Ernst Böhme in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern.

Düngekalk

in Stücken und gemahlen,
Kalkmergel (ca. 95 Proz. kohlensaurer Kalk).
Baukalk.
Weisskalk in Stücken,
Hydraulischer Stückkalk (Graukalk),
Cementkalk feinster Mahlung.
Sehr billig!
Prompte Lieferung, stets tadellose frische Ware.
Prospekte mit Gebrauchsanweisung und Referenzen gratis und franco.

Dr. M. Frenzel,
Kalkwerk Steudnitz bei Dornburg a/S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040217025/fragment/page=0004